



Hamburg: Nein zu Trump, Ja zu Islamverbänden



Ausgerechnet im Hamburg des Mohammed Atta stellt sich das Parlament mit einer Resolution gegen den US-Präsidenten Donald Trump, der temporäre Einreisebeschränkungen für sieben unsichere islamische Staaten (davon sechs „failed states“) angeordnet hat, um seine Bürger vor möglichen Islamkriegern zu schützen. Gleichzeitig beschließen die Linksrünen am selben Tag in der Bürgerschaft, am „Staatsvertrag“ mit dem von der Türkei gesteuerten Verband Ditib festzuhalten, obwohl dieser mit antisemitischer Hetze, [Stimmungsmache gegen die christliche Kultur](#) und Spionagetätigkeit für die Türkei aufgefallen ist.

(Von Alster)

„Hamburg, das Tor zur Welt, sagt Nein“, heißt es in der [Resolution gegen Trump](#), die von der rot/grünen und linken Fraktion unterschrieben wurde und dem amerikanischen Konsulat

übergeben werden soll. Trumps Einreiseverbot sei willkürlich und eine Diskriminierung aufgrund von Herkunft und Religion. Das Dekret würde die gemeinsamen Grundwerte missachten, die die Vereinigten Staaten von Amerika und die Bundesrepublik Deutschland teilen. Die Resolution fordert am Schluss sogar dazu auf, das Dekret aufzuheben, wörtlich: „damit die USA zu ihren, ja unseren gemeinsamen Grundwerten zurückfinden.“

Wie anmaßend! Die Hamburgische Bürgerschaft wäre damit das erste Landesparlament, das eine Resolution gegen die Politik von Donald Trump verabschiedet. Im Leitartikel vom Hofberichterstatter des rot/grünen Senats, [dem Hamburger Abendblatt](#), meint Herr Iken:

Der Widerstand wächst: Trump muss gestoppt werden! Wir leben in finsternen Zeiten. Derzeit gelingt es dem neuen US-Präsidenten Donald Trump fast täglich, selbst die dunkelsten Erwartungen noch in den Schatten zu stellen.

Am Dienstag hatten etwa 700 Bürger vor dem amerikanischen Konsulat gegen Trump demonstriert. Ihren Protest können sie nur so formulieren: [Wir sind gegen das, was stinkt](#). Das kann wohl nur noch die sorosgesteuerte Whoopi Goldberg (Sister Act) in den USA toppen, die Donald Trump [mit den Taliban](#) vergleicht.

In der Debatte der Bürgerschaft über den Vertragspartner Ditib anlässlich der Anträge zur Kündigung oder Stornierung der Verträge durch CDU, FDP und AfD verteidigte der Bürgermeister Olaf Scholz [leidenschaftlich die Islamverbände](#): Mit Blick in die Welt, wie sie sich derzeit darstelle, und auch in die eigene Geschichte seien die Verträge „kostbar“ und „wir sollten dankbar sein, dass es so weit gekommen ist.“